

Finanzielle Bildung als Schlüssel zu sozialer Chancengerechtigkeit

Positionspapier des Präventionsnetzwerks Finanzkompetenz (PNFK)

22. Oktober 2025

Finanzielle Bildung ist Voraussetzung für gesellschaftliche Teilhabe und individuelle Selbstbestimmung. Sie ist kein Selbstzweck, sondern eine zentrale Ressource sozialer Chancengerechtigkeit. Die neue EU-Strategie zur Stärkung der Finanzkompetenz bietet den Mitgliedstaaten einen Orientierungsrahmen, um finanzielle Bildung systematisch zu verankern und ökonomische Teilhabe für alle Bürgerinnen und Bürger zu fördern.¹ Ziel ist es, Menschen in allen Lebensphasen zu befähigen, kompetente Finanzentscheidungen zu treffen, Risiken vorzubeugen und finanzielle Stabilität aufzubauen.

Auch in Deutschland wurden mit der Initiative „Aufbruch Finanzielle Bildung“ des Bundesministeriums für Bildung und Forschung (BMBF) und des Bundesministeriums der Finanzen (BMF) wichtige Impulse gesetzt. Die Organisation OECD hat im Herbst 2024 auf Grundlage breit abgestimmter Empfehlungen ihren Vorschlag für eine nationale Finanzbildungsstrategie vorgelegt.² Durch den politischen Stillstand nach dem Bruch der Ampelkoalition ist die Umsetzung notwendiger Maßnahmen ins Stocken geraten. Angesichts steigender Lebenshaltungskosten und der strukturellen Benachteiligung vulnerabler Gruppen birgt dies Risiken für den sozialen Zusammenhalt. Krankheit, Arbeitsplatzverlust, Trennung und steigende Lebenshaltungskosten, insbesondere für Miete und Energie, gehören nach wie vor zu den wichtigsten Ursachen für Überschuldung und belasten die finanzielle Stabilität vieler Haushalte.³

Die Finanzministerkonferenz der Länder hat sich Anfang 2025 klar für die Entwicklung einer nationalen Finanzbildungsstrategie ausgesprochen.⁴ Auch der Bundesrat forderte die Bundesregierung im Sommer 2025 auf, „eine nationale Finanzbildungsstrategie für Deutschland unter Wahrung der Bildungshoheit der Länder schnellstmöglich auf den Weg zu bringen.“⁵ Der Hessische Finanzminister Prof. Dr. R. Alexander Lorz wird in diesem Jahr auf der „FinKom“, der bundesweiten einzigartigen Austauschbörse für Finanzkompetenz und Schuldenprävention in Frankfurt am Main, ein Grußwort an die Teilnehmenden richten. Unsere Veranstaltung im Bereich Prävention und Bildung setzt damit ein sichtbares Signal für die Bedeutung finanzieller Bildung als Bestandteil sozialer Infrastruktur und gesamtgesellschaftlicher Verantwortung.

¹ Vgl. EPALE 2025: Neue EU-Strategie zur Stärkung der Finanzkompetenz. <https://epale.ec.europa.eu/de/content/neue-eu-strategie-zur-staerkung-der-finanzkompetenz>

² Vgl. BMFTR Bund PM 51/2024: BMBF und BMF nehmen OECD-Vorschlag für eine nationale Finanzbildungsstrategie für Deutschland entgegen. <https://www.bmftr.bund.de/SharedDocs/Pressemitteilungen/DE/2024/09/240924-Finanzbildungsstrategie.html?templateQueryString=Startchancen>

³ Vgl. iff Überschuldungsreport 2025. <https://www.iff-hamburg.de/2025/10/01/ueberschuldungsreport-2025/>

⁴ Vgl. u.a. Hessisches Ministerium der Finanzen: PM 30.01.2025. Bundesratsfinanzausschuss. Länder fordern nationale Finanzbildungsstrategie. <https://finanzen.hessen.de/presse/laender-fordern-nationale-finanzbildungsstrategie>

⁵ Bundesrat Drucksache 120/25 (Beschluss) 13.06.25, Punkt 11, S.3.

[https://www.bundesrat.de/SharedDocs/drucksachen/2025/0101-0200/120-25\(B\).pdf?__blob=publicationFile&v=1](https://www.bundesrat.de/SharedDocs/drucksachen/2025/0101-0200/120-25(B).pdf?__blob=publicationFile&v=1)

Das Präventionsnetzwerk Finanzkompetenz e. V. (PNFK) fordert die neue Bundesregierung auf, den begonnenen Prozess fortzuführen, Kontinuität zu sichern und die Umsetzung verbindlich zu gestalten. Finanzielle Bildung ist als Teil ihres Gerechtigkeitsversprechens zu verstehen und ein konkreter Beitrag, um Chancengerechtigkeit, Teilhabe und soziale Sicherheit in allen Lebensphasen zu stärken.

1. Finanzkompetenz als Grundlage gesellschaftlicher Teilhabe

Finanzielle Entscheidungen prägen das tägliche Leben: vom ersten Taschengeld über Verträge, Konsum und Haushaltsführung bis hin zu Altersvorsorge und Schuldenmanagement. Finanzkompetenz ermöglicht es, wirtschaftliche Zusammenhänge zu verstehen, selbstbestimmt zu handeln und am Wirtschaftsleben teilzuhaben. Sie stärkt Eigenverantwortung, Chancengerechtigkeit und Geschlechtergleichstellung sowie Prävention vor Überschuldung, Armut und Abhängigkeiten.

Empirische Studien zeigen jedoch deutliche Wissensunterschiede: Themen wie Haushaltsplanung, Steuerfragen oder Verbraucherrechte sind im Bildungssystem oft unterrepräsentiert. Finanzielle Bildung hängt daher häufig vom familiären und sozialen Hintergrund ab.⁶ Ein Zustand, der mit dem Anspruch auf gleiche Chancen nicht vereinbar ist.

2. Grundlegende Finanzfertigkeiten und lebensphasenorientierte Bildung

Eine nationale Finanzbildungsstrategie muss auf grundlegende Finanzfertigkeiten fokussieren: Budgetplanung, Schuldenprävention, Konsumkompetenz und Wissen über Unterstützungsangebote. Davon profitieren alle, insbesondere Menschen in prekären Lebenslagen, Alleinerziehende, junge Erwachsene sowie ältere oder geringqualifizierte Personen. Der Zugang zu Finanzbildung sollte niedrigschwellig, inklusiv und sozialraumorientiert gestaltet werden. Finanzkompetenz begleitet Menschen durch alle Lebensphasen, von Ausbildung und Familiengründung bis zum Ruhestand. Neben Basiswissen sind auch Themen wie Risikoabsicherung, Vorsorge und Vermögensbildung relevant.

Wir verfolgen mit großem Interesse die Ankündigung von Herrn Bundesminister Klingbeil, noch in diesem Jahr einen Vorschlag zur Verbesserung der privaten Altersvorsorge vorzulegen, um diese unbürokratischer, kostengünstiger und renditestärker zu gestalten. Dieses Vorhaben ist ein wichtiger Baustein zur Stärkung individueller finanzieller Sicherheit. Gleichzeitig umfasst Finanzbildung weit mehr als Altersvorsorge: Sie befähigt, ein Haushaltsbudget zu planen, Konsumententscheidungen kritisch zu reflektieren, Schulden zu vermeiden und finanzielle Risiken frühzeitig zu erkennen.

Finanzielle Bildung ist damit nicht nur Wissensvermittlung, sondern auch Prävention, ein Beitrag zu Chancengerechtigkeit und ein wesentlicher Bestandteil sozialer Infrastruktur. Sie stärkt ökonomische Handlungsfähigkeit und ermöglicht gesellschaftliche Teilhabe – zentrale Anliegen einer Politik, die soziale Sicherheit und gerechte Lebensverhältnisse für alle fördern will. Eine wirksame Strategie erfordert daher die Verzahnung von Bildungs-, Sozial-, Verbraucher-, Arbeitsmarkt- und Gleichstellungspolitik.

3. Gesamtgesellschaftliche Verantwortung und Kooperation

Finanzkompetenz ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe, die nur im Zusammenspiel von Bund, Ländern, Kommunen, Zivilgesellschaft, Wissenschaft und Praxis gelingen kann. Bestehende Expertise und Erfahrung müssen gleichberechtigt und transparent eingebunden werden.

Neben Schulen sind insbesondere Einrichtungen der Erwachsenenbildung, Sozial- und Familienarbeit, Schuldnerberatung, Verbraucherzentralen, Gleichstellungsstellen, Unternehmen und Vereine systema-

⁶ Vgl. u.a. Bucher-Koenen, Tabea; Knebel-Seitz, Caroline (2021), Finanzwissen und Finanzbildung in Deutschland – Was wissen wir eigentlich? ZEW Discussion Paper Nr. 21-016, Mannheim.

BMF Monatsbericht Mai 2024: OECD-Bestandsaufnahme zur Finanzbildung in Deutschland.

<https://www.bundesfinanzministerium.de/Monatsberichte/Ausgabe/2024/05/Inhalte/Kapitel-3-Analysen/3-3-oecd-zur-finanzbildung-in-deutschland.html>

tisch zu beteiligen. Unsere u.a. vom Hessischen Finanzministerium unterstützte „FinKom“-Austauschbörse zeigt beispielhaft, wie Vernetzung, Praxiswissen und politische Unterstützung zusammenwirken können, um finanzielle Bildung langfristig zu stärken.

4. Qualitätssicherung und Verbraucherschutz als Leitprinzipien

Finanzielle Bildung muss neutral, qualitätsgesichert und unabhängig von wirtschaftlichen Interessen sein. Klare Qualitätsstandards, Transparenzregeln und eine Trennung von Bildungs- und Vertriebsinteressen sichern Glaubwürdigkeit und Wirksamkeit. Lehr- und Informationsmaterialien sollten vielfältige Lebensrealitäten abbilden, unabhängig geprüft und regelmäßig evaluiert werden.

Wir merken an, dass bestehende Ansätze bislang nur begrenzt wirksame Maßnahmen für besonders verletzbare Gruppen vorsehen. Finanzielle Bildung legt häufig den Schwerpunkt auf individuelle Eigenverantwortung, während strukturelle Marktdefizite, etwa komplexe, intransparente Produkte oder aggressive Werbung, nicht ausreichend berücksichtigt werden. Um einer einseitigen Verantwortungsverschiebung vorzubeugen und die finanzielle Eigenständigkeit aller Menschen nachhaltig zu stärken, sollte finanzielle Bildung daher eng mit Verbraucherschutz, Regulierung und gezielter Unterstützung vulnerabler Gruppen verknüpft werden.

5. Forschung, Monitoring und Weiterentwicklung

Eine nachhaltige Strategie braucht begleitende Forschung, Monitoring und Evaluation. Dazu gehören die Teilnahme an internationalen Vergleichsstudien, die Entwicklung zielgruppenspezifischer Indikatoren und eine kontinuierliche Wirkungsanalyse. Nur so lassen sich Bedarfe erkennen und Maßnahmen gezielt weiterentwickeln.

6. Politische Verantwortung und Nachhaltigkeit

Finanzielle Bildung ist eine dauerhafte gesellschaftliche Aufgabe, die über Legislaturperioden hinaus Bestand haben muss. Eine Bundesregierung, die Chancengerechtigkeit und sozialen Zusammenhalt stärken will, sollte Finanzbildung als Kerninstrument sozialer Gerechtigkeit verstehen und die Nationale Finanzbildungsstrategie als Baustein ihrer sozialpolitischen Agenda wieder aufnehmen.

Fazit

Finanzkompetenz stärkt individuelle Handlungsfähigkeit ebenso wie gesellschaftliche Resilienz, Demokratie und Zusammenhalt. Die EU-Strategie unterstreicht die Bedeutung finanzieller Bildung für eine gerechte und zukunftsfähige Gesellschaft. Deutschland muss die begonnene Arbeit fortsetzen, Kontinuität gewährleisten und die nationale Finanzbildungsstrategie verbindlich umsetzen.

Das Präventionsnetzwerk Finanzkompetenz (PNFK) steht mit seiner langjährigen Erfahrung und breiten Expertise bereit, diesen Prozess aktiv zu unterstützen. Wir appellieren an die Bundesregierung, die begonnenen Strukturen zu sichern und Finanzkompetenz als Grundstein sozialer Chancengerechtigkeit und glaubwürdiger Sozialpolitik fest zu verankern.

PNFK-Vorstand
Oktober 2025